

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 525.

für Anhalt, und Thüringen.

Jahrgang 205.

Wagnispreis für Halle und Querstr. 2.50 Pf., durch die Post bezogen 3 Pf. für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung (Halle), Druck- und Verlagsanstalt (Halle), Druck- und Verlagsanstalt (Halle).

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die Sächsische Zeitung: eine halbe Ausgabe oder deren Raum für Halle u. den Querstr. 30 Pf., auswärts 30 Pf. — Werben am Schluß des wöchentlichen Hefts die Seite 100 Pf. — Anzeigenannahme bei den Expeditionen in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 155 u. 156; Reaktionstelefon 1272. Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Donnerstag, 7. November 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Das Problem des Petroleummonopols.

Bei der ersten Anknüpfung, daß dem Reichstag binnen kurzen eine Vorlage zur Errichtung eines deutschen Handelsmonopols mit Leuchtöl zugehen werde, war die freudige Genußnahme vorherrschend, daß die Regierung mit wuchtiger Waffe der Tyrannei des Rockefeller'schen Oeltrusts auf deutschen Boden entgegenzutreten wolle. Die Geschäftspraktiken, mit denen die Standard Oil Co. ihre Herrschaft in Deutschland aufzurichten und sicherzustellen bemüht gewesen, sind seit Jahren als schier unerträglich beklagt worden, ohne daß es selbst mit kräftiger Unterstützung deutscher Großbanken gelingen wollte, der Monopolisierung des deutschen Petroleummarktes teils der amerikanischen Trustmagnaten ein Holt zu gebieten. Diese Ansicht war jetzt mit einem Schläge in greifbare Nähe gerückt, und zwar in Formen, die nicht nur Erfolg versprechend waren, sondern auch den Bedürfnissen und Wünschen der inländischen Petroleumverbraucher in weitgehendster Maße Rechnung trugen. Fast hatte es den Anschein, als wenn der Gesetzentwurf trotz seiner Neuheit die parlamentarischen Hindernisse in kürzester Frist überwinden könnte, da die wesentlichen Grundzüge des ganzen Planes viel beifällige Anerkennung gefunden hatten. Mit der kritischen Prüfung des Monopolwerkes sind aber mancherlei Bedenken hervorgerufen, die nicht leicht zu entkräften sein werden.

Die Tatsache, daß die Standard Oil Co. bis 80 v. H. des deutschen Bedarfs an Leuchtöl liefert, gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß die Petroleumversorgung Deutschlands eines schönen Tages ins Stocken geraten könnte, falls der Konflikt mit dem Oeltrust sich zuspitzen sollte. Zwar glaubt die Regierung, daß die erforderliche Menge Leuchtöl dem deutschen Markt auch dann sich wieder zuführen lassen, wenn auf die Beteiligung der Trustgesellschaft an den Lieferungen verzichtet werden muß, diese Annahme scheint aber so lange in der Luft, als nicht mit bestimmten Zahlen nachgewiesen werden kann, welche Bezugsquellen zur Verfügung ständen, um den Ausfall infolge des eventuellen Rückzugs der Standard Oil Co. aus dem deutschen Geschäft zu decken. Die bisherigen Mitteilungen über die Möglichkeiten der Leuchtölbeschaffung aus anderen Staaten und von unabhängigen amerikanischen Lieferanten sind so unbestimmt gehalten, daß mit ihnen nichts Rechtes anzufangen ist. Ebenso begegnet der herzhafte Glaube der Regierung, daß die geschäftslustigen Herren Plancks trotz ihrer Abneigung eine Vertiefung suchen würden, bei erfahrenen Sachkennern einigen Kopfschütteln. Sondernfalls ist nicht zu bezweifeln, daß die Stellungnahme der Trustfirmen lediglich von ihrem nackten Geschäftsinteresse bedingt sein wird. Es wird den geriebenen Spekulantenteils des Oeans gar nicht einfallen, der deutschen Regierung, von der sie aus einem warmen Nest herausgeköpft worden sollen, auch nur den kleinsten Finger zu reichen, sofern sie der Meinung sind, durch schärfste Opposition, selbst unter ungeheuren Opfern, einen größeren Vorteil für sich selbst in Zukunft herauszuschlagen.

Für die Allgemeinheit ist die in Aussicht genommene Lösung des Petroleumproblems wahrscheinlich von geringerer Interesse als die künftige Preisgestaltung im Detailhandel. An Ansetzungen der Vorlage wird es bei diesem Punkt nicht fehlen, falls es sich bewahrheitet, daß für die obere Preisgrenze pro Liter Leuchtöl als Tarifanlage zunächst 20 Pfennige angelegt werden sollen. Da der Zwischengebiet des Kleinhandels auf mindestens 2 Pf. veranschlagt werden muß, so würde dem Verbraucher der Literpreis auf 22 Pf. zu stehen kommen. Das ist entschieden ein hoher Preis, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß in den Industriebezirken des Weltens der Verkaufspreis auch jetzt nicht niedriger ist, während in anderen Landesteilen, wo die Amerikaner die Konkurrenz niederhalten trachten, oft viel geringere Preise üblich sind. Mit 20 Pf. freilich soll nur der zulässige Höchstpreis normiert werden, die Scheidegrenze für die gemittelte Ertragsberechnung der Vertriebsgesellschaft und die Verteilung des Gewinnanteils zwischen den Monopolisten und dem Reich. Soffentlich wird die Gesellschaft ein Einsehen haben und, schon um ihres volkswirtschaftlichen Ansehens willen, die Preise wesentlich herabsetzen. Ob sie das ohne weiteres

kann, wird erst nach den genauer Ermittlungen der Einkaufspreise zu berechnen sein, die welche vorläufig alle Unterlagen fehlen.

Die beiden hier angeführten Hauptbedenken werden im Reichstage, auch von konservativer Seite, eingehend erörtern werden, ohne die Absicht, einer Vorlage hindernd in den Weg zu treten, die unieren Petroleumhandel von den Oeltrüsten eines ausländischen Kontrahats zu befreien beabsichtigt. Ob die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt bereits die beste und zweckmäßigste Lösung des Petroleumproblems darstellt, wird nach der genaueren Prüfung bedürfen.

### Der deutsche Großgrundbesitz.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie macht in letzter Zeit weniger dem je aus seinen Reihen eine Mördergrube. Bei der Besprechung der letzten Wahlen erklärte der Abgeordnetehaus erklärt es klipp und klar, daß der Großgrundbesitz von jeder ein Raub an Volkseigentum gewesen sei. Das Großgrundbesitz seiner Ansicht nach ist, sagt der „Vorwärts“ nicht, aber man wird schon nach seinen früheren Auslassungen annehmen haben, daß die Grenze nach unten dabei sehr weit gelegt und daß der ganze mittlere Grundbesitz darin einbezogen werden soll. Alle diese Grundbesitzer wären also nach der Ansicht des sozialdemokratischen Zentralorgans Räuber an Volkseigentum genau so, wie nach seinen früheren Ausführungen alle Gewerbe- und Handelsbetriebe, die sich irgend wie über das Durchschnittsniveau erheben. Das sozialdemokratische Wesen kommt immer nader zum Vorschein. Es ist sicherlich auch dem „Vorwärts“ nicht unbekannt, daß der

größte Teil aller derer, die im Erwerbleben, sei es in der Landwirtschaft, sei es im Gewerbe, sei es im Handel, sich über das Durchschnittsniveau hinausgearbeitet haben, dies ihrer Tatkraft, ihrem Fleiß, ihrer Sparsamkeit verdanken. Das sozialdemokratische Organ weiß auch, daß es nur wenige gibt, die nicht die ihnen von der Natur verliehenen Fähigkeiten auszuheben und sich einen größeren Reichtum an Grund und Boden oder Kapital verschaffen wollten. Trotzdem bleibt es dabei, daß dieser Besitz ein Raub sei. Die Konzentration eines derartigen Vermögens liegt auf der Hand. Alle diejenigen Bevölkerungselemente, die hervorragend befähigt, ausdauernd, fleißig und sparsam sind, sollen den Besitz, den sie sich durch die äußerste Anspannung ihrer Fähigkeiten erworben haben, zugunsten derer, die dies nicht getan haben oder die betreffenden Fähigkeiten gar nicht besitzen, herausgeben und, was noch schlimmer ist, es soll im sozialdemokratischen Staate überhaupt nicht mehr möglich sein, einen größeren Besitz zu erwerben. Ist dies aber nicht mehr möglich, ein größerer Besitz zu erwerben. Ist dies aber nicht mehr möglich, so werden auch ganz naturgemäß die Fähigkeiten, die die Natur zwar nicht allen gibt, die aber durchaus zur Kulturentwicklung nötig sind, nicht ausgebildet werden; niemand wird sich besonders anstrengen, weil niemand von einer besonderen Anstrengung einen Erfolg für sich erwarten kann. Es wird eine allgemeine Stagnation in der Ausgestaltung der Individuen und damit ein allgemeiner Rückgang in der Kultur eintreten. Das ist die große Gefahr, die von der Sozialdemokratie droht und jedermann offenbar wird, wenn sie als Räuber diejenigen bezeichnet, die sich mittels eigener Anstrengungen über das Durchschnittsniveau erhoben haben. In der Vorbeugung dieser Gefahr muß mit größtem Eifer gearbeitet werden.

## Die Türkei ruft erneut nach Hilfe.

Während vom Kriegsschauplatz weitere Siege der Bulgaren gemeldet werden, die sich nunmehr bereits in unmittelbarer Nähe von Konstantinopel befinden, wird die Lage in der hohen Politik immer unübersichtlicher. Die Türken rufen erneut nach Hilfe, aber der Helfer ist noch nicht da. Die verantwortlichen Staatsmänner finden sich ungenügend selbst nicht zurecht in dem Wirrwarr von Bestrebungen, in dem die einzelnen Bestandteile der Lage foldeisofortig durcheinander rollen.

### Vor den Toren Konstantinopels.

Die türkische Armee befindet sich im vollen, fluchtartigen Rückzuge in drei Kolonnen über Tichorlu-Türkefesi und Tiranja auf die Tschatalbischalinie, die unter allen Umständen gehalten werden soll. Sie wird von Konstantinopel aus mit schweren Geschützen bestückt. — Es sind sechs Divisionen Anatolien und Syrien eingetroffen, durch welche die türkische Armee wesentlich verstärkt wurde. An der Tschatalbischalinie stehen schwere Kämpfe bevor.

### Weitere bulgarische Erfolge.

Die offiziellen Behauptungen sowie die Einzelheiten über die zweite große Schlacht, die Montag und Dienstag auf der Linie Seraj-Tichorlu gewüthet hat, fehlen noch. Trotzdem erfahren wir, daß diese Schlacht noch blutiger als die Gefechte um Lüleburgas gewesen ist. Die Türken führten bedeutend größere Streitkräfte ins Treffen als die Bulgaren, doch den todesverachtenden Bajonettsangriffen der bulgarischen Infanterie war es vorbehalten, die Entscheidung herbeizuführen. Die Verluste auf beiden Seiten sind außerordentlich groß. Die Schlacht von Seraj-Tichorlu dürfte mit blutigen Letztern in die Geschichte des Balkankrieges eingetragen sein.

Die türkische Verteidigungslinie bei Tschatalbischalinie wird für verloren erachtet. Die in den letzten Kampftagen bei Tichorlu geschlagenen türkischen Truppen waren bereits derart demoralisiert, daß sie zuletzt so gut wie gar keinen Widerstand mehr leisteten und es ist daher anzunehmen, daß der größte Teil dieser Umständlichen die Flucht durch die Tschatalbischalinie hindurch bis nach Konstantinopel forschten wird. Auch die in der Verteidigungslinie von Tschatalbischalinie stehenden Truppen sollen nicht mehr fähig sein, den bulgarischen Vorstoß aufzuhalten. Man hält die letzten Kämpfe bei Tichorlu und Seraj für entscheidend, da es sich bei den hier geschlagenen türkischen Truppen offenbar um das Gros der Armee Nazim-Paschas, die noch etwa 100 000 Mann stark und hier zusammengezogen worden war, handelt. Die bulgarischen Seeräuber werden den entscheidenden Vorstoß auf die letzte Verteidigungslinie der Türken bei Tschatalbischalinie oder Bahrischelinie nach noch heute einleiten. Da dort fortgesetzt neue Verstärkungen, aus frischen, aus Kleinasien herangezogenen Truppen bestehend, eintreffen, so dürften sich hier dem Anschein nach äußerst erbitterte Kämpfe abspielen. Wie der Sofioter Sonderkorrespondent des „Tempo“ aus sehr gut informierter Quelle erzählt, hält die bulgarische Regierung jede Verhandlung mit

igend einer Macht für unnötig und sogar schädlich, bevor nicht Adrianopel in die Hände der Verbündeten gefallen ist. In Sofia ist man jedoch der Ansicht, daß die Einnahme Adrianopels noch im Laufe dieser Woche zu erwarten ist.

### Kein Einmarsch in Konstantinopel?

Der ursprüngliche Plan eines Einmarsches der serbischen und bulgarischen Truppen in Konstantinopel dürfte nicht voll zur Durchführung kommen. Die bulgarischen Truppen, die möglichst weit bis Tschatalbischalinie überhaupt auf keinen ersten Widerstand stoßen werden, sollen nur die Vorstädte von Konstantinopel besetzen. König Ferdinand, dessen Einfluß und Popularität nie so groß war wie gerade jetzt, sieht sich gegen einen Einmarsch in Konstantinopel entschieden zu haben. Internationale Rücksichtnahme ist zweifellos der alleinige Grund eines solchen Entschlusses des Königs.

### Im Saloniki.

Die bulgarische Armee hat große Streitkräfte nach dem Westen detachiert, die bereits Fühlung mit den Serben und Griechen genommen haben und sich bis auf 25 Kilometer Saloniki genähert haben. Die Balkanverbündeten erwarten, daß in spätestens acht Tagen der Krieg beendet sein wird. Der griechische Frontoffizier als Oberbefehlshaber des Heeres vor Saloniki hat gestern nachmittag an den Wali von Saloniki ein Ultimatum gerichtet, das von ihm die Uebergabe der Stadt fordert. Der Wali begab sich sofort in Begleitung des englischen Konsuls in das Militärlager vor den Toren von Saloniki und drang in den Befehlshaber Zachim Pascha, der noch etwa 35 000 Mann unter seinem Befehl hat, die Waffen zu strecken. Die Truppen haben keine Artillerie und sind vollständig demoralisiert. Sie zum Kampfe zu führen, hieße eine unnütze Schlächterei herbeiführen.

### Die Griechen besetzen Thessalon.

Der griechische Admiral Courbournotis meldet: Die Insel Thessalon ist um 3 Uhr nachmittags durch ein griechisches Geschwader besetzt worden.

### Monarchie hat sich ergeben.

Der „Tribuna“ wird aus Belgrad gemeldet, daß Monarchie sich gestern nachmittag 2 Uhr den serbischen Truppen ergeben hat.

### Im Entari.

Zeit einigen Tagen haben die Montenegroer die Verbindung der Türken von Entari nach Alessio abgeknippt. Die türkischen Truppen machten mehrere Versuche, die Verbindung wieder herzustellen und griffen die montenegroischen Stellungen am rechten Flügel der Armee des Generals Martinowitsch an. Alle Angriffe wurden jedoch abgelehnt. Die Montenegroer haben Alessio und San Giovanni di Medina besetzt.

### Türkische Erfolge?

Ein amtliches Telegramm des Stommandeurs der Westarmee vom 5. November meldet: Nach zweitägigem





